

**Rede
von**

Renate Geuter, MdL

zu TOP Nr. 5

Abschließende Beratung

**Entwurf eines Gesetzes über das Sondervermögen
zur Bewältigung der Auswirkungen des
Angriffskrieges gegen die Ukraine auf die
Finanzlage, Sicherheit, Wirtschaft, Gesellschaft
sowie Energiesicherheit des Landes Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs.
18/10946

während der Plenarsitzung vom 18.05.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

der russische Überfall auf die Ukraine ist ein tiefer Einschnitt für uns alle.

Ein Leben in Frieden, wie wir es in Deutschland und in weiten Teilen Europas seit Jahrzehnten gewohnt waren, wie es für uns selbstverständlich war und noch ist, gibt es in der Ukraine nicht mehr.

Daher ist und bleibt es unsere Verantwortung und unsere Aufgabe, den Menschen, die vor den Schrecken des Krieges geflohen sind, zu helfen, sie zu unterstützen – denn sie haben alles verloren. Wir haben unsere humanitäre Verantwortung bei der Aufnahme, Unterbringung, Verpflegung, medizinischen und sozialen Betreuung sowie bei der Integration von Geflüchteten aus der Ukraine. Zu dieser Verantwortung zählt auch die Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung ihrer zusätzlichen Aufgaben.

Keine staatliche Ebene wird diese Aufgabe allein stemmen können, es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung. In den bereits begonnenen Gesprächen zwischen dem Bund und den Ländern werden in den nächsten Wochen, Monaten und wahrscheinlich auch Jahren noch viele Finanzierungsfragen zu klären sein. Dabei geht es nicht nur um die Kosten für die Unterbringung der zu uns kommenden Menschen, sondern auch um die Kosten für eine gelingende Integration u. a. in der Kindertagesbetreuung, in Schule und in den Arbeitsmarkt.

Auch auf unser Land hat die russische Aggression deutliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Dynamik, die steigenden Öl- und Gaspreise sind da nur die ersten Vorboten. Diese hohen Energiepreise sind für viele Menschen ein sehr reales und sehr einschränkendes Problem. Die von der Bundesregierung verabschiedeten Ausgleichspakete kompensieren zumindest teilweise die Mehrausgaben durch höhere Energiekosten. Sie beinhalten auch Änderungen im Einkommensteuerrecht und werden ebenfalls Auswirkungen auf die Einnahmesituation des Landeshaushaltes haben.

Die veränderte Sicherheitslage hat nicht nur Konsequenzen im militärischen Bereich, sondern u. a. auch beim Katastrophenschutz, darauf ist heute schon mehrfach hingewiesen worden.

Der Antrag der Grünen beschreibt diese und andere Folgen korrekt, suggeriert aber, dass es für die Bewältigung dieser Folgen eine einfache Lösung in Form eines Sondervermögens gibt. Ob bei der Festsetzung der Summe des Sondervermögens die Glaskugel zu Rate gezogen wurde, vermag ich nicht einzuschätzen – denn seriös kann niemand von uns auch nur annähernd die haushaltsmäßigen Auswirkungen sowohl auf der Einnahme als auch auf der Ausgabeseite für dieses und die nächsten Jahre einschätzen.

Sicher ist, dass nicht nur in diesem Jahr, sondern auch in den Folgejahren an vielen Stellen sowohl im Haushaltsvollzug als auch bei kommenden Haushaltsaufstellungen nachzusteuern sein wird – und das wird nicht ohne schmerzhaftes Entscheidungen an der einen oder anderen Stelle möglich sein, die wir hier in diesem Hause sicher kontrovers diskutieren werden.

Unser Haushaltsrecht hat für diese Situation Instrumentarien – denn jeder Haushalt entwickelt sich dynamisch – diese Instrumentarien sind auch in den letzten Wochen bei der Umsetzung einzelner Maßnahmen praktiziert worden.

Die Folgelasten des Krieges in der Ukraine stellen unser Land vor erhebliche finanzielle Herausforderungen nicht nur durch die von mir beschriebenen zusätzlichen Aufwendungen, sondern auch durch die Folgen der Sanktionen, die ebenfalls spürbar folgen und Härten für uns haben.

Bei alledem, was diese Krise auch an Problemen und Herausforderungen mit sich bringt, ist doch eines klar: Es ist nichts im Vergleich zu dem, was die Menschen in der Ukraine aushalten müssen.

Bundespräsident Steinmeier hat vor einigen Wochen gesagt:

„Solidarität heißt auch die Bereitschaft, Lasten zu tragen. Viel spricht dafür, dass wir sie noch lange tragen müssen und sie auch unser Leben verändern.“

Wenn wir, wie mit dem Antrag der Grünen, den Menschen in unserem Land den Eindruck vermitteln, dass mit einer quasi technischen Auslagerung die Folgen und auch die Lasten des Ukraine-Krieges ausgeblendet werden können, werden wir keine Akzeptanz für vielleicht noch notwendige schwierige Maßnahmen bekommen – und damit die bei unseren Bürgerinnen und Bürgern bisher in so hohem Masse vorhandene Solidarität in Frage stellen.